TOP 1: Tagesordnung der 985. Sitzung des Bundesrates am 14. Februar 2020

Das Abstimmungsverhalten des Landes wird im Anschluss an die Plenarsitzung auf der Transparenzplattform veröffentlicht, siehe nachfolgende Seiten im pdf-Dokument.



Abstimmungsverhalten des Landes Rheinland-Pfalz in der 985. Sitzung des Bundesrates am Freitag, 14. Februar 2020¹:

Zustimmung zu den Empfehlungen und Vorschlägen in Umdruck 1/2020 (gemeinsame Abstimmung nach § 29 Absatz 2 GO, sog. "Grüne Liste").

Zu den weiteren Tagesordnungspunkten:

2. Gesetz zur Einführung einer Wohnungslosenberichterstattung sowie einer Statistik untergebrachter wohnungsloser Personen und zur Änderung weiterer Gesetze

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG Drucksache 23/20

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses lag nicht vor.

4. Gesetz zur Stärkung der Entscheidungsbereitschaft bei der Organspende

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG Drucksache 30/20 Drucksache 30/1/20

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses lag nicht vor. Fassen der Entschließung gemäß Ziffern 2 und 3 der Drs. 30/1/20.

5. Gesetz zur Errichtung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG Drucksache 40/20

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses lag nicht vor.

¹ siehe auch die Erläuterungen am Ende des Dokuments

6. ... Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches - Versuchsstrafbarkeit des Cybergroomings

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG Drucksache 25/20

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses lag nicht vor.

7. Zweites Gesetz zur Änderung des **Bundesnaturschutzgesetzes**

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG Drucksache 26/20 Drucksache 26/1/20

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses lag nicht vor. Fassen der Entschließung gemäß Ziffer 2 der Drs. 26/1/20.

9. a) Gesetz zur Vorbereitung der Schaffung von Baurecht durch Maßnahmengesetz im Verkehrsbereich (**Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz** - MgvG)

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG Drucksache 41/20 Drucksache 41/1/20

Keine Zustimmung zur Anrufung des Vermittlungsausschusses gemäß Ziffern 1 und 2 sowie hilfsweise zum Fassen der Entschließung gemäß Ziffer 3 der Drs. 41/1/20.

9. b) Gesetz zur weiteren Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich

gemäß Artikel 87e Absatz 4 und Absatz 5 Satz 1 GG Drucksache 44/20

Zustimmung zum Gesetz.

10. Drittes Gesetz zur Änderung des **Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes**

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG Drucksache 42/20

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses lag nicht vor.

11. Fünftes Gesetz zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes

gemäß Artikel 106a Satz 2 GG Drucksache 43/20 zu Drucksache 43/20 Drucksache 43/1/20

Keine Zustimmung zur Anrufung des Vermittlungsausschusses gem. Drs. 43/1/20. Zustimmung zum Gesetz.

12. Gesetz zur beschleunigten Beschaffung im Bereich der Verteidigung und Sicherheit und zur Optimierung der Vergabestatistik

gemäß Artikel 84 Absatz 1 Satz 6 GG Drucksache 45/20 Drucksache 45/1/20

Zustimmung zum Gesetz gemäß Ziffer 1 der Drs. 45/1/20. Fassen der Entschließung gemäß Ziffer 2.

13. Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (... **SGB II-Änderungsgesetz**)

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG Antrag der Länder Bremen, Berlin gemäß § 36 Absatz 2 GO BR Drucksache 53/20

Ausschusszuweisung.

14. Entwurf eines Gesetzes zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe

Änderung des Sozialgesetzbuches (SGB) - Achtes Buch (VIII) - Kinder- und Jugendhilfe -

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG Antrag der Länder Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein Drucksache 621/19 Drucksache 621/1/19

Zustimmung zur Einbringung beim Deutschen Bundestage nach Maßgabe gemäß Ziffern 1 und 2 der Drs. 621/1/19.

Zustimmung in der Schlussabstimmung.

15. Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Bundeszentralregistergesetzes - Zeitlich unbegrenzte Aufnahme von Verurteilungen wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern u. a. in das erweiterte Führungszeugnis

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG Antrag der Länder Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, Saarland Drucksache 645/19 Drucksache 645/1/19

Keine Zustimmung zur Einbringung beim Deuschen Bundestag nach Maßgabe gemäß Ziffern 1 und 2 sowie unverändert in Ziffer 3 der Drs. 645/1/19. Keine Zustimmung in der Schlussabstimmung. Zustimmung zur Beauftragten-Bestellung gemäß Ziffer 4.

17. Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz

gemäß Artikel 80 Absatz 3 GG Antrag des Landes Berlin

Geschäftsordnungsantrag des Landes Berlin Drucksache 617/19 Drucksache 617/1/19

Der TOP wurde vertagt.

18. a) Entschließung des Bundesrates zur Änderung des Verbraucherinformationsgesetzes (VIG) und des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches (LFGB)

Antrag des Landes Rheinland-Pfalz Drucksache 657/19 Drucksache 657/1/19

Zustimmung zum Fassen der Entschließung nach Maßgabe gem. Ziffer 1 der Drs. 657/1/19 sowie hilfsweise unverändert gemäß Ziffer 2. Zustimmung in der Schlussabstimmung.

18. b) Entschließung des Bundesrates zur Änderung des **Lebensmittel- und Futtermittel- gesetzbuches** (LFGB)

Antrag der Länder Rheinland-Pfalz und Hessen Drucksache 658/19 Drucksache 658/1/19 Zustimmung zum Fassen der Entschließung nach Maßgabe gem. Ziffer 1 sowie hilfsweise unverändert gemäß Ziffer 2 der Drs. 658/1/19.

19. Entschließung des Bundesrates zur **A1-Bescheinigung**

Antrag des Landes Niedersachsen gemäß § 36 Absatz 2 GO BR Drucksache 35/20

Ausschusszuweisung.

20. Entschließung des Bundesrates zur Vermeidung von **Lieferengpässen von Medikamenten**

Antrag der Länder Hessen, Rheinland-Pfalz gemäß § 36 Absatz 2 GO BR Drucksache 57/20

Ausschusszuweisung.

21. Entschließung des Bundesrates zur Ausweitung der **Pfandpflicht auf alle Getränkedosen und Einweg-Kunststoffflaschen**

Antrag des Landes Hessen gemäß § 36 Absatz 2 GO BR Drucksache 18/20

Ausschusszuweisung.

22. Entschließung des Bundesrates zur teilweisen Verwendung kartellrechtlich abgeschöpfter Vorteile und Kartellbußen zugunsten der Verbraucherarbeit

Antrag des Landes Schleswig-Holstein gemäß § 36 Absatz 2 GO BR Drucksache 643/19

Ausschusszuweisung.

23. Entschließung des Bundesrates für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für **Projekte der Sektorenkopplung** im Rahmen einer **Experimentierklausel**

Antrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern gemäß § 36 Absatz 2 GO BR Drucksache 56/20

Ausschusszuweisung.

25. Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG Drucksache 2/20 Drucksache 2/1/20

Stellungnahme gemäß Drs. 2/1/20 ohne die Zifffern 10 und 11. Hilfsweise Zustimmung zu keine Einwendungen gemäß Ziffer 19.

26. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder und des Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetzes

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG Drucksache 3/20

Stellungnahme gemäß Zustimmung zum Plenarantrag in Drs. 3/1/20.

27. Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung des Sondervermögens "Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter" (**Ganztagsfinanzierungsgesetz** - GaFG)

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG Drucksache 4/20 Drucksache 4/1/20

Stellungnahme gemäß Drs. 4/1/20 ohne Ziffer 2. Hilfsweise Zustimmung zu keine Einwendungen gemäß Ziffer 8. 28. Entwurf eines Gesetzes zum Schutz vor Konversionsbehandlungen

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG Drucksache 5/20 Drucksache 5/1/20

Stellungnahme gemäß Drs. 5/1/20 ohne Ziffer 4.

30. Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches -Verbesserung des Persönlichkeitsschutzes bei Bildaufnahmen

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG Drucksache 8/20 Drucksache 8/1/20

Keine Zustimmung zur Stellungnahme gemäß Ziffern 1 und 2 in Drs. 8/1/20. Hilfsweise Zustimmung zu keine Einwendungen gemäß Ziffer 3.

31. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des **EG-Verbraucherschutzdurchsetzungs- gesetzes sowie** des Gesetzes über die **Errichtung des Bundesamts für Justiz**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG Drucksache 9/20 Drucksache 9/1/20

Stellungnahme gemäß Ziffern 1 bis 4 in Drs. 9/1/20. Hilfsweise Zustimmung zu keine Einwendungen gemäß Ziffer 5.

35. Entwurf eines Gesetzes zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (**Geologiedatengesetz** - GeolDG)

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG Drucksache 13/20 Drucksache 13/1/20

Stellungnahme gemäß Drs. 13/1/20 ohne die Ziffern 1 bis 3, 6, 10, 16, 19, 21, 22, 35 und 36.

Hilfsweise keine Zustimmung zu keine Einwendungen gemäß Ziffer 38.

Zustimmung zum Plenarantrag in Drs. 13/2/20.

36. Entwurf eines Gesetzes zur Entlastung bei den Heizkosten im Wohngeld im Kontext der CO2-Bepreisung (**Wohngeld-CO2-Bepreisungsentlastungsgesetz** - WoGCO2BeprEntlG)

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG Drucksache 6/20 Drucksache 6/1/20

Stellungnahme gemäß Ziffern 1 und 2 in Drs. 6/1/20. Hilfsweise Zustimmung zu keine Einwendungen gemäß Ziffer 3.

38. Siebte Verordnung zur Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 587/19 Drucksache 587/1/19

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

41. Approbationsordnung für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten (PsychThApprO)

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 670/19 Drucksache 670/1/19

Zustimmung zur Verordung nach Maßgabe gemäß Drs. 670/1/19 ohne die Ziffern 10 bis 15, 19, 28, 31, 32, 34.

Zustimmung zum Fassen der Entschließung ohne die Ziffern 39, 42 und 43. Keine Zustimmung zum Plenarantrag in Drs. 670/2/19.

50. ...Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 591/19 Drucksache 591/1/19

Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe gemäß Drs. 591/1/19 ohne die Ziffern 2, 14, 20, 28, 30, 55, 58 bis 60.

Zustimmung zum Fassen der Entschließung ohne Ziffer 73.

Keine Zustimmung zu dem Plenarantrag in Drs. 591/2/19.

Zustimmung zu den Plenaranträgen in den Drs. 591/3/19, 591/4/19 und 591/5/19.

Zustimmung in der Schlussabstimmung.

52. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Ermittlung der Exposition von Einzelpersonen der Bevölkerung durch genehmigungs- oder anzeigebedürftige Tätigkeiten (**AVV Tätigkeiten**)

gemäß Artikel 85 Absatz 2 GG Drucksache 644/19 Drucksache 644/1/19

Zustimmung zur Verwaltungsvorschrift nach Maßgabe gemäß Drs. 644/1/19 und hilfsweise unverändet gemäß Ziffer 10. Zustimmung zum Fassen der Entschließung gemäß Ziffer 11.

53. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen

gemäß Artikel 85 Absatz 2 GG Drucksache 15/20 Drucksache 15/1/20

Zustimmung zur Verwaltungsvorschrift nach Maßgabe gemäß Ziffer 1, 2 a) cc), 3 a) und 4 in Drs. 15/1/20 ohne die Ziffer 2 a) aa), a) bb), b) aa), b) bb) und 3 b). Hilfsweise Zustimmung unverändert gemäß Ziffer 5. Zustimmung in der Schlussabstimmung.

58. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes zum Zweck der Erleichterung der Identifizierbarkeit im Internet für eine effektivere Bekämpfung und Verfolgung von Hasskriminalität

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG Antrag der Länder Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern gemäß § 36 Absatz 2 GO BR Drucksache 70/20

Ausschusszuweisung.

59. Entschließung des Bundesrates zur Einführung einer **Härtefallregelung** in § 74 Absatz 2 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (**SGB IX**)

Antrag des Saarlandes gemäß § 36 Absatz 2 GO BR Drucksache 71/20

Ausschusszuweisung.

60. Entschließung des Bundesrates: "Effektivierung von Auskunftserteilungen durch ausländische Anbieter sozialer Netzwerke"

Antrag der Länder Hamburg, Bremen gemäß § 36 Absatz 2 GO BR Drucksache 65/20

Ausschusszuweisung.

61. Entschließung des Bundesrates: "Pauschalreisen effektiv absichern - Verbesserung des Insolvenzschutzes im Pauschalreiserecht"

Antrag der Länder Hamburg, Bremen gemäß § 36 Absatz 2 GO BR Drucksache 66/20

Ausschusszuweisung.

62. Entschließung des Bundesrates zur **Aufnahme der Schiffbaufinanzierung in das neue Programm für parallele Bund-/ Landesbürgschaften** als gleichberechtigter Förderbereich

Antrag der Länder Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern gemäß § 36 Absatz 2 GO BR Drucksache 59/20

Ausschusszuweisung.

63. Empfehlung für einen Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland COM(2020) 35 final

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG Drucksache 58/20 Drucksache 58/1/20

Stellungnahme zur Beschlussempfehlung gemäß Drs. 58/1/20.

64. Benennung eines Mitglieds für den **Eisenbahninfrastrukturbeirat**

gemäß § 4 Absatz 4 BEVVG Antrag des Freistaates Bayern gemäß § 36 Absatz 2 GO BR Drucksache 73/20

Zustimmung zur sofortigen Sachentscheidung gemäß Drs. 73/20. Zustimmung zur Bennenung.

Umdruck 1/2020 ("Grüne Liste")

Betr.: 985. Sitzung des Bundesrates am Freitag, dem 14. Februar 2020, 9.30 Uhr

Zu den Punkten 1, 3, 8, 16, 24, 29, 32 bis 34, 37, 39, 40, 42 bis 49, 51 und 54 bis 57 der Tagesordnung der 985. Sitzung des Bundesrates am Freitag, dem 14. Februar 2020, möge der Bundesrat gemäß den vorliegenden Empfehlungen und Vorschlägen beschließen:

I.

Zu dem Gesetz einen Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht zu stellen:

1. Zweites Gesetz zur Änderung des Konsulargesetzes

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG Drucksache 22/20 Ausschussbeteiligung

- AA -

II.

Den Gesetzen zuzustimmen:

3. Gesetz zur Neustrukturierung des **Zollfahndungsdienstgesetzes**

gemäß Artikel 74 Absatz 2 i.V.m. Artikel 74 Absatz 1 Nummer 25 GG Drucksache 24/20 zu Drucksache 24/20 Ausschussbeteiligung

- Fz -

8. Gesetz zur Umsetzung der technischen Säule des **vierten Eisenbahnpakets** der Europäischen Union

gemäß Artikel 87e Absatz 5 GG Drucksache 27/20 Ausschussbeteiligung

- Vk -

III.

Den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG beim Deutschen Bundestag einzubringen und gemäß § 33 GO BR einen Beauftragten zu bestellen:

16. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen Drucksache 631/19 Ausschussbeteiligung

- Wi - U -

IV.

Gegen die Gesetzentwürfe keine Einwendungen zu erheben:

24. Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Bundesamts für Auswärtige Angelegenheiten und zur Änderung des Gesetzes über den Auswärtigen Dienst, des Aufenthaltsgesetzes und zur Anpassung anderer Gesetze an die Errichtung des Bundesamts

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG Drucksache 1/20 Ausschussbeteiligung

- AA - In -

33. Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des **Bundesfernstraßengesetzes** (8. FStrÄndG)

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG Drucksache 11/20 Ausschussbeteiligung

- Vk - Fz - In -- U -

34. Entwurf eines Gesetzes zur **Umsetzung der Verhältnismäßigkeitsrichtlinie** (Richtlinie (EU) 2018/958) **im Bereich öffentlich-rechtlicher Körperschaften**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG Drucksache 12/20 Ausschussbeteiligung

- Wi - AIS - K -

- R -

V.

Zu den Gesetzentwürfen die in den zitierten Empfehlungsdrucksachen wiedergegebenen Stellungnahmen abzugeben:

29. Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des THW-Gesetzes

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG Drucksache 7/20 Drucksache 7/1/20² Ausschussbeteiligung

- In - AIS -

² AIS empfiehlt, keine Einwendungen zu erheben.

32.	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes			
		gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG Drucksache 10/20 Drucksache 10/1/20 Ausschussbeteiligung	- Vk -	
Den V	Vorlagen ohne Änderung zus	VI.		
37.	Vorlagen ohne Änderung zuzustimmen: Dritte Verordnung zur Änderung der Arbeitnehmerüberlassungserlaubnis-Kostenver-			
	ordnung	C	-	
		gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 667/19 Ausschussbeteiligung	- AIS -	
39.	Zweite Verordnung zur Än	derung der CbCR-Ausdehnungsver	ordnung	
		gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 640/19 Ausschussbeteiligung	- Fz -	
40.	Neunzehnte Verordnung z	ur Änderung der Arzneimittelversch	reibungsverordnung	
		gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 669/19		

43.	Verordnung über die Standards für die Übermittlung elektronischer Akten zwischen Straf-
	verfolgungsbehörden und Gerichten im Strafverfahren (Strafaktenübermittlungsverord-
	nung - StrafAktÜbV)

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 633/19 Ausschussbeteiligung

- R -

44. Verordnung über die Standards für die Erstellung elektronischer Dokumente und für deren Übermittlung zwischen Strafverfolgungsbehörden und Gerichten (**Dokumentenerstellungs- und**

-übermittlungsverordnung - DokErstÜbV)

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 634/19 Ausschussbeteiligung

- R - In -

45. Verordnung über die Standards für die Einsicht in elektronische Akten im Strafverfahren (**Strafakteneinsichtsverordnung** - StrafAktEinV)

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 635/19 Ausschussbeteiligung

- R - In -

46. Verordnung über die Standards für die Übermittlung elektronischer Akten zwischen Behörden und Gerichten in gerichtlichen Verfahren nach dem Strafvollzugsgesetz (**Strafvollzugsgerichtsaktenübermittlungsverordnung** - StVollzGerAktÜbV)

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 665/19 Ausschussbeteiligung

- R - In -

49. Neunte Verordnung zur Änderung der Abwasserverordnung

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 668/19 Ausschussbeteiligung

- U - In - Wo -

51. Dritte Verordnung zur Änderung der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die **Kontrolle von Kriegswaffen**

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 637/19 Ausschussbeteiligung

- Wi -

VII.

Zu den Vorlagen die Stellungnahmen abzugeben oder ihnen nach Maßgabe der Empfehlungen zuzustimmen, die in der jeweils zitierten Empfehlungsdrucksache wiedergegeben sind:

42. Verordnung zur Änderung der Allgemeinen Waffengesetz-Verordnung und weiterer Vorschriften (**Waffenrechtsänderungsverordnung** - WaffRÄndV)

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 495/19 Drucksache 495/1/19 Ausschussbeteiligung

- In -

47. Verordnung über die Standards für die Übermittlung elektronischer Akten zwischen Behörden und Gerichten im Bußgeldverfahren (**Bußgeldaktenübermittlungsverordnung** - BußAktÜbV)

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 666/19 Drucksache 666/1/19³ Ausschussbeteiligung

- R - In -

48. Erste Verordnung zur Änderung der **Strahlenschutzverordnung**

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 636/19 Drucksache 636/1/19⁴ Ausschussbeteiligung

- U - AIS -

VIII.

Entsprechend den Anregungen und Vorschlägen zu beschließen:

54. Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für die Experten-Arbeitsgruppe "Hochwertige Architektur und gebaute Umwelt für Jedermann" im Rahmen des Arbeitsplans Kultur (2019-2022)

gemäß § 6 Absatz 1 EUZBLG i.V.m. Abschnitt I der Bund-Länder-Vereinbarung Drucksache 648/19 Drucksache 648/1/19 Ausschussbeteiligung

- EU - K -

³ In empfiehlt Zustimmung ohne Änderungen.

⁴ AIS empfiehlt Zustimmung ohne Änderungen.

55.	Benennung eines Mitglieds des Kuratoriums des Deutschen Instituts für Menschenrechte		
	gemäß § 6 Absatz 3 Nummer 9 DIMRG Drucksache 656/19 Drucksache 656/1/19		
56.	Vorschlag der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz für die Ernennung		
	eines Bundesanwalts beim Bundesgerichtshof		
	gemäß § 149 GVG Drucksache 14/20 Ausschussbeteiligung - R -		
	IX.		
	Nerfahren, die in der zitierten Drucksache bezeichnet sind, von einer Äußerung und einem		

Beitritt abzusehen:

Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 57.

Drucksache 17/20

Erläuterungen:

Art und Umfang der Mitwirkungsrechte des Bundesrates

Die Länder wirken gemäß Artikel 50 Grundgesetz bei der Gesetzgebung und der Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit. Art und Umfang der Mitwirkungsrechte richten sich nach der jeweiligen Vorlage. Die häufigsten Vorlagen sind:

a) Gesetzentwürfe der Bundesregierung

Noch bevor sich der Deutsche Bundestag mit einem Gesetzentwurf der Bundesregierung befasst, kann der Bundesrat zu dem Entwurf Stellung nehmen oder keine Einwendungen beschließen. Eine Stellungnahme des Bundesrates wird dem Bundestag dann in der Regel gemeinsam mit dem Gesetzentwurf zugeleitet.

b) Gesetzesbeschlüsse des Deutschen Bundestages

Bei zustimmungsbedürftigen Gesetzen kann der Bundesrat nach der Verabschiedung durch den Bundestag den Vermittlungsausschuss anrufen, dem Gesetz zustimmen oder nicht zustimmen.

Bei nicht zustimmungsbedürftigen Gesetzen kann der Bundesrat den Vermittlungsausschuss anrufen oder das Gesetz passieren lassen. Nach einem abgeschlossenen Vermittlungsverfahren kann der Bundesrat Einspruch gegen ein vom Bundestag beschlossenes nicht zustimmungsbedürftiges Gesetz einlegen oder das Gesetz passieren lassen.

An der Eingangsformel eines Gesetzes lässt sich erkennen, ob es sich nach Auffassung des Urhebers um ein zustimmungsbedürftiges oder nicht zustimmungsbedürftiges Gesetz handelt. Sie lautet entweder "Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen" oder "Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen". Weitere Erläuterungen siehe http://www.bundesrat.de/DE/aufgaben/gesetzgebung/zust-einspr.htm.

c) Gesetzesinitiativen der Länder

Der Bundesrat hat neben Bundestag und Bundesregierung ein Initiativrecht in der Gesetzgebung. Der Bundesrat kann auf Antrag eines oder mehrerer Länder beschließen, einen Gesetzentwurf mit oder ohne Maßgaben (=Änderungen gegenüber der Vorlage) beim Deutschen Bundestag einzubringen.

Weitere Erläuterungen zum Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens sind unter http://www.bundesrat.de/DE/aufgaben/gesetzgebung/verfahren/verfahren.html abrufbar.

d) Entschließungsanträge der Länder

Als politische Ergänzung des Initiativrechts kann das parlamentarische Mittel der Entschließung eingesetzt werden. Der Bundesrat kann auf Antrag eines oder mehrer Länder beschließen, eine Entschließung mit oder ohne Maßgaben zu fassen. Entschließungen sind rechtlich jedoch nicht verbindlich.

e) EU-Vorlagen

Neben einem umfassenden Informationsanspruch hat der Bundesrat die Möglichkeit, der Bundesregierung gegenüber Stellungnahmen zu allen EU-Vorlagen abzugeben, die Länderinteressen berühren. Der Bundesrat kann seine Stellungnahmen auch der EU-Kommission direkt übermitteln.

Erläuterungen zur Mitwirkung in Europäischen Angelegenheiten sind unter http://www.bun-desrat.de/DE/aufgaben/mitwirkung-eu/mitwirkung-eu-node.html abrufbar.

f) Rechtsverordnungen

Der Bundesrat befasst sich mit Rechtsverordnungen der Bundesregierung oder einzelner Bundesministern, sofern diese zustimmungsbedürftig sind. Einer solchen Verordnung kann der Bundesrat mit oder ohne Maßgaben zustimmen oder ihr die Zustimmung versagen.

Der Bundesrat hat zudem ein eigenes Antragsrecht für Rechtsverordnungen. Er kann der Bundesregierung auf Antrag eines oder mehrerer Länder Vorlagen für den Erlass von Verordnungen mit oder ohne Maßgaben zuleiten.

g) Allgemeine Verwaltungsvorschriften

Ebenso wie Rechtsverordnungen sind auch zahlreiche Allgemeine Verwaltungsvorschriften von der Zustimmung des Bundesrates abhängig, wenn durch diese Vorschriften Kompetenzen der Länder berührt werden. Der Bundesrat kann einer solchen Verwaltungsvorschrift mit oder ohne Maßgaben zustimmen oder ihr nicht zustimmen.

h) Berichte der Bundesregierung

Der Bundesrat kann zu einem Bericht der Bundesregierung Stellung oder ihn zur Kenntnis nehmen.

i) Benennungen von Gremienvertretern des Bundesrates

Der Bundesrat hat aufgrund verschiedener Vorschriften die Möglichkeit, Gremienvertreter, z.B. in Bundesanstalten oder EU-Gremien, zu benennen.

j) Verfahren vor dem Verfassungsgericht

Der Bundesrat kann sich zu Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht äußern oder seinen Beitritt erklären.

Ausschussempfehlungen und Plenaranträge, sofortige Sachentscheidung

In der Regel werden alle Vorlagen von den fachlich zuständigen Ausschüssen beraten. Diese geben dem Bundesrat Empfehlungen ab, die in der sog. Empfehlungsdrucksache veröffentlicht werden. Die Empfehlungsdrucksache hat in der Regel die Ziffer "1" in der Drucksachennummerierung eingeschoben. Die Grunddrucksache 123/14 beispielsweise hat die zugehörige Empfehlung in Drs. 123/1/14.

Der Bundesrat stimmt in der Regel über die einzelnen Ziffern einer Empfehlungsdrucksache ab.

Der Bundesrat stimmt weiterhin über Plenaranträge eines oder mehrerer Länder ab. Diese werden ebenfalls in einer Drucksache veröffentlicht; in der Regel werden die Ziffern 2 fortfolgende in die Drucksachennummerierung eingeschoben, beispielsweise Drs. 123/2/14, 123/3/14.

Haben Ausschussberatungen nicht stattgefunden oder sind sie noch nicht abgeschlossen, kann ein Land die sofortige Entscheidung in der Sache beantragen. Der Bundesrat stimmt dann in der Regel zunächst über den Antrag auf sofortige Sachentscheidung ab.

Im Bundesrat wird in der Regel durch Handaufheben abgestimmt. Allgemein stellt der Bundesratspräsident nur die Ja-Stimmen und damit die Mehrheit oder Minderheit fest. Weitere Hinweise zur Stimmabgabe im Bundesrat finden sich unter http://www.bundesrat.de/DE/bundes-rat/br-plenum/stimmabgabe/stimmabgabe-node.html.

Die angegebenen **Drucksachen** des Bundesrates sind unter http://www.bundesrat.de/DE/dokumente-node.html abrufbar.

Inhaltliche Erläuterungen zu allen Tagesordnungspunkten der 985. Plenarsitzung sind unter http://www.bundesrat.de/SharedDocs/TO/985/download/985-erlaeuterungen.pdf abrufbar. Plenarprotokolle sind unter http://www.bundesrat.de/DE/dokumente/plenarprotokolle/plenar-protokolle-node.html abrufbar.